

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Rates
der Gemeinde Waake in der Wahlperiode 2016 bis 2021
am Donnerstag, 13.12.2018, 20:00 Uhr,
Gemeindehaus Hacketalstraße 5a, 37136 Waake

Bürgermeister Johann-Karl Vietor
Ratsherr Dieter Birke
Ratsherr Wilhelm Desenritter
Ratsfrau Martina Ehlers, Verwaltungsvertreterin
Ratsfrau Kerstin Großelindemann
Ratsherr Jens Kluge fehlt entschuldigt
Ratsherr Thomas Georg Krull
Ratsherr Andreas Otte
Ratsherr Dirk Reuter
Ratsherr Dr. Markus Roth

Frau Elisabeth Scharlemann-Busse, Verwaltungsangestellte - Protokoll

Zuhörer: 1
Presse: 1
Beginn: 20:02 Uhr

Ende: 21:42 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
5. Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung des Rates vom 15.11.2018
6. Mitteilungen des Bürgermeisters
7. Weitere Maßnahmen an der Baumreihe am Friedhof [Vorlage 24/2018]
8. Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen [Vorlage 25/2018]
9. Straßennamenschilder für Waake und Bösinghausen [Vorlage 26/2018]
10. Eckpunkte des Haushalts 2019 [Vorlage 27/2018]
11. Einwohnerfragestunde
12. Behandlung von Anfragen
13. Schließung der Sitzung

Zu 1.: Eröffnung der Sitzung

BM Vietor eröffnet die 11. Sitzung des Rates um 20:02 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2.: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

BM Vietor stellt die ordnungsgemäße Ladung der anwesenden Ratsmitglieder fest. Ratsherr Kluge fehlt entschuldigt.

Zu 3.: Feststellung der Beschlussfähigkeit

BM Vietor stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zu 4.: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Da keine Anträge vorliegen, Einwände nicht erhoben wurden, stellt BM Vietor die Tagesordnung fest.

Zu 5.: Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung des Rates vom 15.11.2018

Ratsfrau Großelindemann merkt zu TOP 9 „Anbau Kindertagesstätte“ an, dass es auf Seite 4 letzte Zeile heißen müsse, „Ratsfrau Großelindemann stimmt dem aus eigener Erfahrung zu, mit der Errichtung einer Außengruppe des Kindergarten in der kleinen Schule vor ca. 20 Jahren sei keine gemeinsame Planung möglich gewesen. Sie plädierte deshalb dafür, die Krippe direkt am Kindergarten anzubauen.“

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Rates vom 15.11.2018 wird in der so geänderten Fassung mit

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Zu 6.: Mitteilungen des Bürgermeisters an den Rat am 15.11.2018

- Da der Konzessionsvertrag über die Stromdurchleitungsrechte mit der EAM Ende 2021 ausläuft, hat ein Informationsgespräch mit dem aktuellem Konzessionsnehmer stattgefunden. Für die weitere Vergabe muss eine Ausschreibung und Ankündigung im Amtsblatt und auf der Internetseite bis Ende 2019 durchgeführt werden. Auf die Frage von Ratsherrn Birke erläuterte BM Vietor, dass rd. EUR 20.000 der Gemeinde aus den Verträgen zufließen. Diese Konzessionen beinhaltet das Recht, Stromleitungen auf Gemeindeland zu verlegen und das dazugehörige Wegerecht. Zum Beispiel dürfe wegen der Leitungen der Hans-Blazy-Weg auf der einen Seite nicht bepflanzt werden.
- Prof. Rohe von der HAWK, der das Grünbrückenprojekt wissenschaftlich begleitet, hat als Redner auf dem Neujahrsempfang abgesagt. BM Vietor hat nun bei der Landesstraßenbauverwaltung nachgefragt, um einen Mitarbeiter einzuladen, der einen Einblick zu den Untersuchungen auf der Grünbrücke geben kann.

Zu 7.: Weitere Maßnahmen an der Baumreihe am Friedhof [Vorlage 24/2018]

BM Vietor berichtet, dass die Samtgemeinde, die für den Betrieb des Friedhofes zuständig ist, die Gemeinde Waake über die geplante Fällung einiger Risikobäume unterrichtet und um ihre Zustimmung gebeten habe. 2015 wurden schon einvernehmlich einige Bäume gefällt und sich auf einen weiteren behutsamen Umbau der Baumreihe verständigt. Nun stellen auch nach Meinung des zuständigen Mitarbeiters des Landkreises Göttingen (Naturschutzbehörde) weitere Lärchen durch ihre Höhe und ihren Zustand eine Gefahr dar.

BM Vietor stellt die folgenden im VA beschlossenen geänderten Beschlussempfehlungen zur Diskussion.

1. Der Rat der Gemeinde empfiehlt der Samtgemeinde ein Begrünungskonzept für den Friedhof gemeinsam zu entwerfen.
2. Der Rat der Gemeinde stimmt der Fällung der Lärchen entlang des Zaunes zu und bittet um Nachpflanzung von heimischen Laubgehölzen mit einem Stammumfang von mindestens 25 cm.

3. Weitere Fällung insbesondere der Birken sollten nach Auffassung der Gemeinde zu Zeit nicht vorgenommen werden.

Ratsherr Reuter fragt, warum nicht auch die Birken gefällt werden sollen. BM Vietor sieht diese nicht im Zusammenhang mit der Baumreihe.

Ratsherr Birke schlägt vor, nicht so einschneidend vorzugehen, also eher erst die Lärchen zu fällen und dann den Ersatz zu pflanzen, wobei er die hohen Kosten für die Nachpflanzung der schon relativ großen Bäume (Umfang 25 cm) zu bedenken gibt. Diese Kosten müsse aber die Samtgemeinde tragen und der VA haben sich bei seinem Vorschlag davon leiten lassen, dass möglichst große Bäume wieder nachgepflanzt werden, um den jetzigen Charakter auf dem Friedhof nicht gänzlich zu verlieren, erwiderte BM Vietor.

Ratsherr Reuter sieht diese Kosten letztendlich wieder an die Gemeinde fallen oder sich in höheren Friedhofsgebühren niederschlagen. Auch müsse eine geänderte Nutzung hin zu Urnengräbern und Bestattungen in Friedwäldern berücksichtigt werden. Dazu sei es wichtig, ein Konzept zu entwickeln, schlägt Ratsfrau Großelindemann vor, zum Beispiel könnten auf der südlichen Seite neue Gräber entstehen und die Bepflanzung solle eher an den Rändern vorgesehen werden. Sie erläutert hierzu auch die Idee, über die sie sich mit Pastorin Vielhauer abgestimmt habe, Wildblumenwiesen auf dem Friedhof anzulegen. Hier müsse nur einmal im Jahr gemäht werden und diese Bereiche würden bunt und lebendig wirken. BM Vietor unterstützt diesen Vorschlag und möchte ihn in das Begrünungskonzept aufnehmen.

Ratsherr Birke stellt die Frage, ob dieses die Friedhofssatzung zulasse, doch BM Vietor erläuterte, dass die Satzung nicht vorschreibe, wie die Fläche bepflanzt werden sollten. Die vorgesehenen Flächen seien eher im unteren Bereich und hinter der Kapelle, also nicht direkt an den Gräbern, ergänzt Ratsfrau Großelindemann. Ratsfrau Ehlers schlägt dazu eine deutliche Beschilderung der Flächen vor, um sie auch den Besuchern näherzubringen. Die Zustimmung der Samtgemeinde sei dazu sicher leicht einzuholen, da sich der Pflegeaufwand für diese reduziere und BM Vietor erinnert an die Wildblumenflächen, die im letzten Jahr an der Hünstollenstraße und im Gartenweg angelegt wurden und sich positiv entwickelten.

BM Vietor schlägt unter Zustimmung des Rates vor, die ursprüngliche Beschlussempfehlung zu streichen und die des Verwaltungsausschusses zu übernehmen.

Beschlussfassung:

1. Der Rat der Gemeinde empfiehlt der Samtgemeinde ein Begrünungskonzept für den Friedhof gemeinsam zu entwerfen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

2. Der Rat der Gemeinde stimmt der Fällung der Lärchen entlang des Zaunes zu und bittet um Nachpflanzung von heimischen Laubgehölzen mit einem Stammumfang von mindestens 25 cm.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

3. Weitere Fällung insbesondere der Birken sollten nach Auffassung der Gemeinde zu Zeit nicht vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

Zu 8.: Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen [Vorlage 25/2018]

BM Vietor stellt kurz die Gründe für die geplante Verordnung dar, die so oder ähnlich schon in vielen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik, so auch in Göttingen, gelte. Hier in der Gemeinde seien akut keine Fälle

von streunenden Katzen bekannt. Er berichtet, dass er am heutigen Tag seitens der Samtgemeinde darauf hingewiesen wurde, dass dieses Vorhaben ggf. im Aufgabenbereich der Samtgemeinde liege, da sie für die allgemeine Gefahrenabwehr zuständig sei. Die Kastarations- und Kennzeichnungspflicht falle unter diesen Aufgabenbereich, so die Auffassung der Samtgemeindeverwaltung nach einer vorläufigen Einschätzung. Daher könne nach derzeitigem Kenntnisstand die Gemeinde nur eine Empfehlung an die Samtgemeinde richten. Trotzdem sei dieses Thema wichtig und solle im Rat beraten werden.

Ratsherr Birke ist der Meinung, dass diese Maßnahme keinen Vorteil für die Katzen bringe, da die Hauskatzen sowieso gekennzeichnet seien und die Streuner-Katzen nicht.

Ratsherr Roth und Ratsherr Reuter sind dafür erst einmal die Zuständigkeiten zu klären, bevor Beschlüsse gefasst werden.

Ratsfrau Großelindemann macht auf einen anderen Aspekt in dieser Angelegenheit aufmerksam. So gebe es ca. 8 Mio. Katzen in Deutschland. Diese große Zahl gefährde die einheimischen Vögel und Kleinsäuger. Laut Untersuchungen des NABU stellten verwilderte Hauskatzen, die sich von diesen Vögeln und Kleintieren ernähren, ein großes Problem dar. Hier würde eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht Abhilfe schaffen, zumal auch der Jagdtrieb der kastrierten Katzen zurückgehe. Sie finde diesen Aspekt sehr schlüssig und meinte durch diese Verordnung auch das Problem mehr in den Fokus zu bringen.

Auf Anmerkung von Ratsherrn Birke, dass ein Kastrationseingriff die Katzen verletze, räumte BM Vietor ein, dass der Eingriff für das individuelle Tier nicht förderlich, jedoch mit vertretbarem Risiko verbunden sei. Im Ergebnis würde so das allgemeine Tierwohl aber gefördert, da es weniger streunende Tiere gebe. Streunende Katzen leiden unter zahlreichen Krankheiten sowie Parasitenbefall und stellen damit nicht nur ein Risiko für Hauskatzen dar.

Ratsherr Krull schätzt, dass etwa 50% der freilaufenden Tiere kastriert seien, der Rest würde durch diese Maßnahme erreicht. Doch sei eine Empfehlung seiner Meinung nach sinnvoller als eine Vorschrift.

Diese Tiere müssten laut Ratsherr Otte eingefangen und kastriert werden, dieses sei dann die Aufgabe der Gemeinde.

Ratsherr Birke meint, dass Katzen schon früher in Haus und Hof gelebt haben und sie einfach dazugehören. BM Vietor weist aber auf ihre damals geringere Anzahl hin, da viele Jungtiere üblicherweise getötet wurden. Nicht umsonst heiße der Tümpel in der Straße Im Kleinen Felde in Bösinghausen „Kattenpump“. Nun habe man aber die Möglichkeit der Kastration und können das Tierwohl damit fördern.

Ratsfrau Großelindemann gibt noch einen anderen Gesichtspunkt zu bedenken. Hauskatzen können sich mit Wildkatzen paaren und so deren Genpool verändern, die Kastration könne dem entgegenwirken.

Ratsherr Roth stellt erneut den Antrag erst die Zuständigkeit zu klären und deshalb die Beschlussvorlage zu teilen.

1. Der Rat der Gemeinde beauftragt die Verwaltung eine Abstimmung mit der Samtgemeinde hinsichtlich der Zuständigkeit vorzunehmen.
2. Der Rat der Gemeinde beauftragt die Verwaltung, eine Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen zu erarbeiten,

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Der Antrag wird damit abgelehnt.

Beschlussfassung:

Der Rat der Gemeinde beauftragt die Verwaltung, eine Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen zu erarbeiten bzw. eine Abstimmung mit der Samtgemeinde hinsichtlich der Zuständigkeit vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Zu 9.: Straßennamenschilder für Waake und Bösinghausen [Vorlage 26/2018]

BM Viotor erinnert kurz an die Diskussion über die Beschilderung in der letzten Ratsitzung. Das Meinungsbild war nicht eindeutig, die unterschiedlichen Varianten sollen daher noch einmal diskutiert werden. Wenn die Straßennamenschilder als Rahmenschilder erneuert würden, lägen die Kosten etwa bei EUR 7.000, die Variante mit Fahnschildern wäre mit EUR 2.000 deutlich günstiger. BM Viotor berichtet, dass es im VA keine einheitliche Meinung gab, eine Beschlussfassung nicht zustande kam und bat um Diskussionsbeiträge.

Ratsherr Krull fragt, warum nur ein Angebot zu den Rahmenschildern vorliege. Die beiden anderen Unternehmen hätten sie entweder nicht im Programm oder sie würden noch auf Rückmeldung vom Hersteller warten, berichtet Frau Scharlemann-Busse.

Ratsherr Birke spricht sich für die einheitliche Beschilderung in Rahmenform aus, da sie optisch ansprechender seien. Ratsherr Roth findet die Schilder mit blauem Hintergrund auffälliger, so seien sie auch vor hellen Hauswänden besser erkennbar. Ratsherr Reuter ist auch dieser Meinung und weist darauf hin, dass die Rahmenschilder haltbarer sei.

Ratsfrau Großelindemann stellt fest, dass EUR 5.000 schon eine große Differenz darstellen und schlägt vor, da in Bösinghausen noch alle Schilder in Ordnung seien, die Schilder in einfacher Form ohne Rahmen nur in Waake zu ersetzen. Ratsfrau Ehlers ist anderer Ansicht. Die Schilder seien tagtäglich vor aller Augen und stellten in der einheitlichen blauen Rahmenform eine Aufwertung für das Dorfbild dar. Ratsherr Krull stimmt dem zu und sieht die Entscheidung auch im Zusammenhang mit dem Haushaltsansatz, da die Rahmenform eine längere Lebensdauer verspreche. Ratsherr Otte weist auf die bessere Sichtbarkeit der blauen Variante zum Beispiel für die Feuerwehr hin.

BM Viotor gibt noch einmal das Abstimmungsergebnis im VA bekannt. Dort gab es keine Mehrheit für eine der beiden Varianten.

- Das weiße Fahnschild erhielt: 1 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung
- Das blaue Rahmenschild erhielt: 1 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

BM Viotor bittet infolge der Diskussionsergebnisse, die zu blauen Rahmenschildern tendieren und offensichtlich Fahnschilder keine Mehrheit erzielen, um Abstimmung.

Beschlussfassung:

Der Rat der Gemeinde beschließt, die Straßenschilder in der Gemeinde einheitlich auf Rahmenschilder mit weißer Schrift auf blauem Grund umzustellen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

Zu 10.: Eckpunkte des Haushalts 2019 [Vorlage 27/2018]

BM Viotor stellt kurz die Sitzungsvorlage mit den wesentlichen Posten des Haushalts 2019 vor und weist auf eine Änderung im Posten „Laufender Aufwand“ Punkt 7 „Sanierung Ehrenmal Bösinghausen“ hin. Hier sollen EUR 3.000 zusätzlich bereitgestellt werden, um dem in der Sitzung vom 07.09.2017 gefassten Beschluss über die „Ausgestaltung einer erweiterten Gedenkmöglichkeit für Opfer von Krieg, Gewalt und Vertreibung, die nicht allein auf die soldatischen Opfer abstellt und nach Möglichkeit einen Bezug zu Persönlichkeiten der Orte Waake und Bösinghausen hat“, Rechnung zu tragen.

Im Weiteren muss die Angabe zu der Förderquote des Landes für den Ausbau des DGHs auf Seite 2 Absatz 6 von 43% auf 63% geändert werden.

Zu Punkt 5 auf dieser Seite sei anzumerken, dass der Ankauf des Grundstückes Hacketalstraße 5 (ehemals Gasthaus „Zur scharfen Ecke“) nicht im Haushalt vorgesehen ist und es bis Mitte Januar 2019 dazu eine Meinungsäußerung der Fraktionen geben solle, um evtl. noch EUR 80.000 im Haushalt bereitzustellen. So hätte die Gemeinde die freie Entscheidung über den Ankauf dieser Immobilie. Die nächste Ratssitzung findet am 24.01.2019 statt, dann solle der Haushalt beschlossen werden.

Ratsherr Roth erkundigt sich nach Nummer 6 im Abschnitt B (neue Posten im Haushalt). Hier werde eine Fahrbahnverengung und Rückbau der Ortsdurchfahrt angegeben. Hierzu erläuterte BM Vietor, dass seitens der Straßenbaubehörde noch das Stück der Ortsdurchfahrt Waake aus Richtung Ebergötzen kommend bis zur ersten Abzweigung Hacketalstraße laut Planfeststellungsbeschluss zurückgebaut werden müsse. Diese Gelegenheit könne seitens der Gemeinde genutzt werden, das folgende Stück (Sperrfläche vor dem Felsen) bis zur Kreuzung weg zu fräsen und die Durchfahrt so optisch zu verengen um den Verkehr zu beruhigen. Über die Baumaßnahme der Straßenbaubehörde sei aber noch nicht abschließend entschieden worden.

Ratsherr Roth und Ratsherr Reuter sehen ein größeres Gefährpotential aus der von Göttingen kommenden Seite und schlagen hier Verkehrsberuhigungsmaßnahmen vor. BM Vietor weist auf die Frühjahr 2017 durchgeführte Verkehrsmessung hin, die ein anderes Bild ergab. Es seien mehr als 80% der Fahrzeuge zu schnell aus beiden Richtungen in den Ort hineingefahren. Die Messergebnisse seien auf der Internetseite der Gemeinde einzusehen, werden aber gern noch einmal an die Ratsmitglieder versendet, so BM Vietor. Ratsherr Birke könne die hohe Geschwindigkeit bestätigen und ist für eine Verkehrsberuhigung. Eher sieht er die vorgesehenen EUR 25.000 für die Sanierung des Ehrenmals als überflüssig an, und fragt, ob es nicht eine andere kostengünstigere Form der Sanierung gebe.

Ratsfrau Großelindemann schlägt vor, den Platz auf der Fahrbahn für die Radfahrer, die zur Zeit den Zubringer Richtung Waake nutzen und auf der Fahrbahn durch den Ort fahren, bereitzustellen und nicht die Straße zu verengen. BM Vietor weist auf den vorhandenen Radweg an der Pfauenwiese hin, der einem allgemeinen Benutzungszwang unterliege. Eine Lösung zur Umgehung dieses bestehenden Radweges sei unter Beteiligung der Bundesstraßenbaubehörde und des Landkreises nicht möglich.

Die Einsehbarkeit an der Kreuzung sei nach den Ausführungen von BM Vietor ein großes Problem, diese würde durch die Verengung nicht verbessert, aber der Durchfahrtsverkehr erwartungsgemäß verlangsamt. Er schlägt vor, den Betrag für dieses Vorhaben ggf. zu reduzieren, doch Ratsherr Krull macht den Vorschlag, sich die Option offenzuhalten und den Betrag so zu belassen.

Ratsherr Birke kommt noch einmal auf die Sanierung des Ehrenmals zurück und fragt nach den Möglichkeiten der Förderung. BM Vietor erläutert, dass ca. 40% der Baukosten vom Land Niedersachsen übernommen werden. Es müsse von Grund auf saniert werden, dieses habe auch die Mitarbeiterin des Denkmalschutzamtes bei einem Ortstermin festgestellt. Ratsherr Roth fragt, was mit den zusätzlichen EUR 3.000 geplant sei. Ratsfrau Großelindemann erinnert an den Ratsbeschluss vom 07.09.2017 in dem festgelegt wurde, eine weitere Gedenktafel für Opfer von Krieg, Gewalt und Vertreibung zu schaffen, die nicht allein auf die soldatischen Opfer abstellt und nach Möglichkeit einen Bezug zu Persönlichkeiten der Orte Waake und Bösinghausen hat. Ratsherr Roth fragt wie die Dringlichkeit der Sanierung durch das Denkmalschutzamt eingeschätzt wurde. BM Vietor gibt an, dass die Dringlichkeit infolge der baulichen Situation nach dem Ortstermin als hoch angesehen werde, es bestehen aber keine Bedenken eine weitere Gedenktafel aufzustellen und den Weg rückzubauen und einen Kiesweg anzulegen. Ratsherr Birke fragt, wer denn eigentlich dort geehrt werde. BM Vietor äußerte die Vermutung, dass sich Ratsherr Birke die Namen auf der Tafel, die fast ausnahmslos noch auf in Bösinghausen lebende Familien hinweisen, vermutlich noch nicht persönlich angesehen habe. Ratsherr Roth möchte eher von einem Mahnmal und nicht Ehrenmal sprechen.

Weiter spricht RH Roth den Punkt 9 „Straßenbauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Waake und Bösinghausen“ an. BM Vietor erklärt, dass hier die Gemeinde, so die Ergebnisse der letzten Verkehrsschau, zuständig sei. Auch in Bösinghausen ergab die Verkehrsmessung im Frühjahr 2017 eine deutliche Überschreitung der geltenden Geschwindigkeit von 30 km/h.

Ratsherr Krull erkundigt sich nach dem Gebäude „Zur scharfen Ecke“, hier seien die weiteren Pläne der Eigentümer nicht bekannt, antwortet BM Vietor. Auf die weitere Frage nach dem Fortgang der Planung des DGH-Ausbaus, sagt BM Vietor zu, die Termine mit dem Architekten bekanntzugeben, sobald er sie zur Verfügung habe.

BM Vietor berichtet, dass der VA sich einstimmig für die Eckpunkte mit der Erhöhung des Haushalts um EUR 3.000 für das Ehrenmal ausgesprochen habe und bittet um die Abstimmung über folgende geänderte Beschlussfassung.

Beschlussfassung:

Der Rat stimmt den Eckpunkten des Haushaltes 2019 mit folgenden Änderungen zu: Der Betrag für die Sanierung des Ehrenmals wird um EUR 3.000 erhöht.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen

Zu 11.: Einwohnerfragestunde

Herr Wilkens geht auf die geplante Verengung der Fahrbahn ein und berichtet, dass er immer wieder beobachtet, dass an der Kreuzung zu schnell gefahren wird. Auch Ratsherr Otte kann es bestätigen und hat festgestellt, dass bei morgendlichem Stau viele Fahrer aus Richtung Ebergötzen kommend von der Umgehungsstraße abbiegen, durch den Ort fahren und am Södderich wieder einscheren. Hier wäre ein Blitzer nützlich, erklärt Ratsherr Roth.

Auch am Bösinghauser Weg sollte einmal eine Verkehrsmessung durchgeführt werden, regt Herr Wilkens an, da dort auch oft schneller als das vorgeschriebene Tempo 30 gefahren werde und hier viele Schulkinder unterwegs seien.

Zu 12.: Behandlung von Anfragen

Ratsherr Roth weist auf die defekte Laterne auf dem Hans-Blazy-Weg hin. Diese sei, so BM Vietor zwar repariert worden, aber kurz nach der Reparatur wieder ausgefallen. Die Reparatur sei aber jetzt wieder nachgebessert worden, die Laterne leuchte wieder.

Ratsherr Birke erkundigt sich nach dem Redner auf dem Neujahrsempfang, wenn Prof. Rohe abgesagt habe. BM Vietor erklärt, dass er Herrn Wolf von der Landesstraßenbaubehörde eingeladen, aber noch keine Bestätigung erhalten habe. Sollte er keine Zusage geben, werde die Veranstaltung vermutlich ohne einen Gastredner stattfinden.

Ratsherr Roth fragt, wann mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitstudie zu der Grünbrücke zu rechnen sei. BM Vietor erklärt, dass diese noch nicht öffentlich vorlägen. Man sei seitens der Wissenschaft nicht sehr erbauet über die Veröffentlichung und Darstellung der Grünbrücke, weil infolge einer Berichterstattung zahlreiche „Interessierte“ sich auf den Weg zur Bücke machten und diese überquerten. Es liege deshalb nicht im Interesse der Betreiber der Brücke, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Grünbrücke zu richten.

Ratsherr Reuter erkundigt sich nach dem geplanten Radweg Richtung Södderich, hierzu gebe es noch keine Pläne vom Landkreis, antworte BM Vietor.

Zu 13.: Schließung der Sitzung

BM Vietor schließt die Sitzung um 21:42 Uhr.

gez. Johann-Karl Vietor
- Bürgermeister -

gez. Elisabeth Scharlemann-Busse
- Protokoll -